

Organisationsgrad und Bewußtsein*

Prof. Dr. Sebastian Herkommer, geb. 1933, Professor für Soziologie an der FU Berlin; Dr. Joachim Bischoff, geb. 1944; Diplomsoziologe Peter Lohauß, geb. 1947; Diplomsoziologe Karlheinz Maldaner, geb. 1948; Diplompsychologe Friedrich Steinfeld, geb. 1950, arbeiteten gemeinsam an Untersuchungen über das gesellschaftliche Bewußtsein von Arbeitnehmern.

Anstieg des Organisationsgrades

Aktuelle Entwicklungstrends in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften haben Anlaß gegeben, den Ursachen der Schwankungen des Organisationsgrades der Lohnabhängigen nachzugehen. Da es sich dabei nicht um ein akademisches Problem handelt, sondern die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften und ihre politische Rolle in den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in Rede stehen, kann die Diskussion nicht gleichgültig betrachtet werden.

Die Fakten sind bekannt: Betrachtet man die Entwicklung der Gesamtmitgliedschaft im DGB (d. h. einschließlich der nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Mitglieder) im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik, so hat der DGB in achtzehn Jahren nach seiner Aufbauphase (1951—1968) nur einen Zuwachs von etwa 400 000 Mitgliedern verzeichnen können, während in dem nur halb so langen Zeitraum von 1969 bis heute *dreimal* soviel, nämlich ca. 1,3 Mio. Mitglieder zusätzlich zum DGB gestoßen sind. Noch deutlicher kann dieser Prozeß an der Entwicklung des Organisationsgrades (dem Verhältnis von Mitgliedschaft im DGB und Zahl der abhängig Beschäftigten) abgelesen werden: Im Jahre 1960 waren 31,7% der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik Mitglieder von DGB-Gewerkschaften. Dieser Anteil geht bis 1969 fast stetig auf 30% zurück. Danach kehrt sich der Trend um; 1970 lag der Organisationsgrad bei 30,3%, stieg 1972 auf 31,2% und kletterte in der Folgezeit unaufhörlich weiter bis auf 34,4% und 35,9% 1978¹.

Diese Veränderungen im Organisationsgrad werden von Streeck² aufgrund eigener Untersuchungen im wesentlichen auf Maßnahmen zurückgeführt, die von den

* Vgl. den Aufsatz der Autoren in Heft 7/1976 der Gewerkschaftlichen Monatshefte: „Trend zum Konservativen?“

1 Eine differenzierte Betrachtung des Organisationsgrades zeigt, daß das Ansteigen des Organisationsgrades ungleichzeitig verläuft. Bei den Arbeitern läßt sich die „Trendwende“ bereits in der ersten Hälfte der 60er Jahre nachweisen. Vgl. dazu: Bierbaum/Bischoff/Eppstein/Herkommer/Maldaner/Martin, Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise, Köln 1977.

2 Wolfgang Streeck, Politischer Wandel und organisatorische Reformen zur Überwindung der gewerkschaftlichen Organisationskrise der sechziger Jahre, in: GMH, Nr. 10/1978. Vgl. auch ders., Gewerkschaften als Mitgliederverbände in: J. Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt 1979.

Gewerkschaften seit Mitte der 60er Jahre zur Straffung und Rationalisierung ihrer Organisation ergriffen wurden: Verminderung der Ortsverbände, Aufbau betrieblicher Vertrauenskörper, EDV-vermitteltes Einzugsverfahren der Mitgliedsbeiträge usw. Den Einfluß des „Bewußtseins“ solle man nach Streeck dagegen nicht zu hoch veranschlagen; auf das Bewußtsein der Lohnabhängigen zurückzugreifen, um die ablaufenden Veränderungen im Organisationsgrad zu erklären, bedeute einen „Umweg“ einzuschlagen.

Ohne die Bedeutung organisatorischer Reformen leugnen zu wollen, sind wir - ganz im Gegensatz zu Streeck - der Meinung, daß sich in den Trends der Mitgliederentwicklung keine bloß formell-organisatorischen Veränderungen niederschlagen, sondern die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Lohnabhängigen ihren Ausdruck findet: Die Mitgliederentwicklung muß in den Zusammenhang verstärkter Streikbereitschaft und Streikhäufigkeit, wachsenden Interesses für gewerkschaftliche Bildungsveranstaltungen und andere Formen vermehrter gewerkschaftlicher Aktivität gestellt werden, die allesamt auf eine engagiertere Einstellung von Arbeitnehmern zu ihren Gewerkschaften verweisen. Diese Bewußtseinsveränderungen, so lautete unsere weitergehende These, sind nur zu verstehen vor dem Hintergrund der Stellung der Lohnabhängigen in der ökonomischen Entwicklung, was ja nicht ausschließen soll, daß sowohl „politische Rahmenbedingungen“ als auch innerorganisatorische Rationalisierung und Anwendung fortgeschrittener Datentechnologie rückwirkende bzw. modifizierende Effekte auf den Organisationsgrad — *als Ausdruck gewerkschaftlichen Bewußtseins* — haben.

Wie unausgewiesen die von Streeck aufgestellte Behauptung der relativen Bedeutungslosigkeit des Bewußtseins der Lohnabhängigen ist, wird schon daraus deutlich, daß er die Bewußtseinsentwicklung selbst in seine Untersuchung überhaupt nicht embezogen hat und sie insofern auch nicht in Beziehung setzen kann zu den von ihm angeführten organisatorischen Veränderungen. Sein Hinweis auf die politischen Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Stärke verdeutlicht, daß gesellschaftliches Bewußtsein für ihn eine Leerstelle ist. Er argumentiert, die gewachsene Stärke der gewerkschaftlichen Organisation sei wesentlich auf die Regierungsübernahme der Sozialdemokratie bzw. der sozialliberalen Koalition Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zurückgeführt werden muß. Niemand wird bestreiten wollen, daß die Veränderung der politischen Großwetterlage rückwirkend auch die gewerkschaftlichen Aktionsbedingungen und die Durchsetzungsfähigkeit gewerkschaftlicher Reformvorstellungen verbessert hat, so daß gewerkschaftliche Erfolge errungen oder stabilisiert werden konnten. Aber bevor dieser Einfluß sozialliberaler Regierungspolitik wirksam werden konnte, muß der Regierungswechsel stattgefunden haben, der ohne politische Verschiebung unter den Wählermassen, insbesondere bei bestimmten Teilen der Lohnabhängigen, gar nicht denkbar ist. Streecks Verweis auf die Rolle der Regierungspolitik für die organisatorische Stärkung der Gewerkschaften führt also nur auf einem Umweg wieder zu der von ihm beiseite geschobenen, aber ent-

scheidenden Frage zurück: Welche Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein von Lohnabhängigen liegen den veränderten Formen gewerkschaftlicher Aktivität zugrunde?

Seine These vom unnötigen Umweg versucht Streeck durch den Hinweis auf den empirischen Tatbestand zu erhärten, daß zwischen 1964 und 1970 durchschnittlich 66 % der nichtorganisierten Arbeitnehmer erklärten, die Gewerkschaften seien nach wie vor zur Behauptung und Durchsetzung ihrer Interessen notwendig. Der naheliegende Schluß aus dieser Überlegung sei, die Gewerkschaften hätten es im wesentlichen wegen organisatorischer Schwächen nicht vermocht, ein relativ großes Konsenspotential in formale Mitgliedschaftsverpflichtungen umzusetzen. Dieser vorschnelle Rückgriff auf einen organisationstheoretischen Ansatz zur Erklärung der Entwicklung des Organisationsgrades macht erneut deutlich: Es wird nicht mehr geprüft, ob nicht *gerade* durch bewußtseinstheoretische Erwägungen die Diskrepanz zwischen faktischer Mitgliedschaft und größerem Konsenspotential unter den Arbeitnehmern zu erklären ist. Seiner verkürzten Argumentation folgend, müßte der Rückgang im Organisationsgrad von Anfang der 50er Jahre bis Ende der 60er Jahre auf zunehmende Schwächen und Mängel der gewerkschaftlichen Organisation zurückgeführt werden. Das ist eine These, für die der Beweis schwerlich anzuführen ist, es sei denn, man greife auf die alte Theorie von der zunehmenden Bürokratisierung der Gewerkschaften zurück³.

Um zu einer umfassenden Erklärung dieser Entwicklungstendenzen vordringen zu können, müssen zunächst Fragen zu den drei Phasen der Entwicklung des Organisationsgrades gestellt werden.

- Erstens: Weshalb fällt der Organisationsgrad bis zur Hälfte der 60er Jahre?⁴
- Zweitens: Welche Faktoren bewirken bis Anfang der 70er Jahre den Stopp dieser Entwicklung und das Gleichbleiben bzw. den leichten Anstieg des Organisationsgrades?
- Drittens: Was führt schließlich zum beschleunigten Zuwachs des Mitgliederbestandes in den letzten Jahren; wird diese Tendenz anhalten oder führen Auswirkungen der Krise zu einer erneuten Stagnation oder Schrumpfung der Mitgliederzahlen?⁵

Die Einstellung zu den Gewerkschaften

Das Fallen des gewerkschaftlichen Organisationsgrades bis zum Ende der 60er Jahre und sein anschließendes kontinuierliches Steigen folgt Veränderungen im ge-

3 Vgl. dazu das neugeschiebene Vorwort von Pirker in: Theo Pirker, *Die blinde Macht*, 2 Bde., Berlin 1979 (München 1960)

4 Es kann hier nicht darum gehen, eine Erklärung des komplizierten Verlaufs vorzulegen, zumal eine dafür nötige differenzierte sozialstrukturelle Betrachtung hier ausgeklammert bleiben muß.

5 Eine solche Entwicklung befürchtet Deppe, ohne aber ein empirisches oder theoretisches Argument anzuführen. Vgl. Frank Deppe, *Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 47 f.

sellschaftlichen Bewußtsein von Lohnabhängigen, die sich direkt an ihrer Einstellung zu den Gewerkschaften ablesen lassen. Empirische Untersuchungen belegen, daß die Notwendigkeit der Gewerkschaften von der überwiegenden Mehrheit der Lohnabhängigen anerkannt wird; die Zustimmung zur Notwendigkeit der Gewerkschaften schwankt nur geringfügig über die Jahre und hält ein insgesamt konstant hohes Niveau⁶. Zugleich zeigt sich aber eine Differenz zwischen allgemeiner Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften und der Beurteilung der Gewerkschaften im Hinblick auf die Sicherung der persönlichen Lebenslage. Ein viel geringerer Teil der Lohnabhängigen, bei den Angestellten noch nicht einmal die Hälfte, ist der Überzeugung, daß die Gewerkschaften auch für die persönliche Existenz jedes einzelnen von entscheidender Bedeutung sind.

Diese Abstufung in der Einstellung zu den Gewerkschaften ist jedoch, so unsere These, nicht über die 60er Jahre konstant. Nachweislich verändert sich die Einstellung der Arbeitnehmer zu den Gewerkschaften als einem notwendigen Faktor des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens nicht grundlegend⁷. Hingegen verändert sich die Einstellung der Arbeitnehmer - und zwar abgestuft bei den unterschiedlichen Gruppen der Lohn abhängigen — im Hinblick auf die Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Sicherung und den Ausbau des individuellen oder persönlichen Lebensstandards. Diese Veränderung ist zu erklären vor dem Hintergrund einer langjährigen Periode ökonomischer Prosperität und einer erfolgreichen Politik der Gewerkschaften, mittels einkommens- und sozialpolitischer Maßnahmen zu einer spürbaren Verbesserung des Lebensstandards der Lohnabhängigen zu gelangen. Zugleich waren in dieser Zeit für breite Teile der Arbeitnehmerschaft die Bedingungen gegeben, durch persönliche Leistung eine überdurchschnittliche Verbesserung des Lebensstandards und beruflichen und sozialen Aufstiegs zu erreichen.

Die Kluft zwischen der Anerkennung der Gewerkschaften durch die Lohnabhängigen überhaupt und der Anerkennung ihrer Funktion für den einzelnen Lohnabhängigen persönlich kennzeichnet generell die Einstellung der Arbeitnehmer zu den Gewerkschaften in der Geschichte der Bundesrepublik. Festzuhalten ist, daß den Lohnabhängigen bei aller grundsätzlichen sozialen Abhängigkeit und der so begründeten Notwendigkeit der Gewerkschaften ein Spielraum zur Entfaltung ihrer Individualität im ökonomischen und sozialen Prozeß verbleibt; in Zeiten stetigen Wirtschaftswachstums können die Arbeitnehmer diesen Spielraum für ihre persönliche Lebensgestaltung offensiv nutzen. Die Gewerkschaften bleiben auch in dieser Situation für die Sicherung des Lebensstandards und eine angemessene Beteiligung am Sozialprodukt unverzichtbare Organisationen; darüber hinaus eröffnen sich je-

⁶ Es handelt sich um das Gewerkschaftsbarometer, eine langjährige Panelbefragung, durchgeführt von INFAS, Bonn-Bad Godesberg

⁷ Zur Erklärung dieser Tatsache vgl. Herkommer/Bischoff/Lohauß/Maldaner/Steinfeld, Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften. Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bewußtseinsänderungen und gewerkschaftliche Strategie 1945 bis 1979, Hamburg 1979.

doch für viele Lohnabhängige Chancen sozialer Mobilität, die ausschließlich individueller Anstrengung geschuldet scheinen. Daher geht mit der veränderten Einstellung der Arbeitnehmer zu den Gewerkschaften als einem Faktor für die Sicherung der individuellen (familiären) Lebenslage die Bereitschaft zu einem aktiven gewerkschaftlichen Engagement zurück. Da die ökonomischen und berufsqualifikatorischen Voraussetzungen für die Möglichkeit eines individuellen „Aufstiegs“ in den verschiedenen sozialen Gruppierungen sehr unterschiedlich ausgebildet sind, versteht sich, daß von dieser Entwicklung die einzelnen Gruppierungen in ungleichem Maß betroffen sind.

Indem gewerkschaftliche Tarif- und Sozialpolitik Erfolge für den Lebensstandard und die Lebenslage der Lohnabhängigen errang, schuf sie gleichzeitig ein erweitertes Terrain, auf dem individuelle Strategien zur Gestaltung und Verbesserung der persönlichen Lebensverhältnisse angewendet werden konnten. Dieser Bedingungs-zusammenhang wurde von den meisten Arbeitnehmern übersehen. Im gesellschaftlichen Bewußtsein nämlich vergrößerte sich die Kluft zwischen der Einschätzung der Gewerkschaften allgemein und für jeden persönlich, so daß die Motivation für persönliches gewerkschaftliches Engagement im Durchschnitt sank.

Diskrepanz und Wechsel

Die spürbare Verbesserung der Lebenslage führte zu einer beschleunigten Differenzierung der Sozialstruktur und der sozialen Bedürfnisse. Dies bedingte vermehrte gesellschaftliche Ausgaben für Infrastrukturen (Gebäude, Straßen, kommunale Einrichtungen) und soziale Dienste (Kindergärten, Sozialversicherungen etc.). Die gewachsenen Bedürfnisse und Ansprüche traten zunehmend in Widerspruch zu dem Angebot faktisch realisierter Einrichtungen. Diese Diskrepanz ist Resultat von finanz- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen, die auf einer politischen Programmatik basierten, in der die Priorität auf dem Ausbau und der Stabilisierung des individuellen, familiären Lebensbereiches lag und die Infrastrukturinvestitionen und den Ausbau sozialer Dienstleistungen unterbewertete.

Der Versuch, die vergrößerten Spielräume der Individualität zu realisieren, stößt für einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen auf gesellschaftliche Schranken; es sind zwar viele Bedürfnisse umstrukturiert und entwickelt worden, aber es werden zunehmend weniger die sozialen Mittel zu ihrer Befriedigung bereitgestellt. Der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten ist verallgemeinert und demokratisiert worden, ohne daß Bildungseinrichtungen in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stünden oder im Bau wären. Die Freizeit ist gewachsen, ebenso die Frauenerwerbstätigkeit, aber der mit beiden Tendenzen verbundenen Änderung in der Rolle der Familie und der umstrukturierten Tätigkeit im Haushalt entsprechen keine in der Zahl oder in der Qualität ausreichenden Institutionen des sozialen Konsums und der sozialen Sicherung, seien es Kindergärten, Gesundheitsdienste oder Altenpflegestät-

ten. Große soziale Gruppen (z. B. Rentner) hinken geradezu gesetzmäßig dem durchschnittlichen Lebensstandard hinterher, weil der Ausbau vorhandener sozialer Dienste durch die Gesetzgebung versäumt wurde. Im Auge behalten werden muß außerdem, daß die Arbeitsbedingungen keine grundlegenden Verbesserungen erfahren, sondern im Gegenteil durch ökonomische und technische Prozesse für große Teile der Arbeitnehmer drückender werden.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen führen zu einer Verschiebung der Bewußtseinsstrukturen bei einem Teil derjenigen sozialen Gruppierungen, die für die langjährige Vorherrschaft der konservativen Kräfte in der Bundesrepublik mit ausschlaggebend gewesen sind; die politische Basis für Sozialreformen wird gestärkt. Diese Prozesse beschleunigen sich, als es in der Bundesrepublik erstmals seit Jahren zu einer wirtschaftlichen Rezession kommt, die den Tatbestand der Abhängigkeit vieler Lohnabhängiger vom Verkauf ihrer Arbeitskraft deutlich in Erinnerung ruft, und die gleichzeitig die Überlebtheit der bisher vorherrschenden politischen Programmatik demonstriert. Es kommt schließlich zur Übernahme der Regierung durch einen Block sozialer Kräfte, die sich überwiegend auf die Arbeitnehmerschaft stützen können. Die Einschränkung des persönlichen Spielraums läßt die Einschätzung der Gewerkschaften als Faktor zur Sicherung der persönlichen Existenz stärker hervortreten, führt daher zu einer Intensivierung des gewerkschaftlichen Engagements und zu einer Verbreiterung der politischen Unterstützung einer Konzeption, die auf Verwirklichung größerer sozialer Gerechtigkeit und auf gesellschaftliche und politische Reformen zielt.

Umfragen belegen, daß zwischen 1968 und 1972 die Reformbereitschaft der befragten Bevölkerung um zehn Prozentpunkte auf fast 65 % wächst. Diese Bewußtseinsänderungen, verbunden mit steigender Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen, bilden die allgemeine Grundlage dafür, daß SPD und FDP 1969 (und 1972 konsolidiert) die Bundestagswahlen gewinnen und die CDU/CSU in der Regierung ablösen können. Der Wechsel im politischen Kräfteverhältnis und die Trendumkehr in dem persönlichen Engagement gegenüber den Gewerkschaften gehen in diesem Fall auf dieselben Änderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Lohnabhängigen zurück. Die Diskrepanz zwischen der Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften im allgemeinen und dem persönlichen, aktiven gewerkschaftlichen Engagement ist geringer geworden. Daß diese Bewußtseinsänderungen vorwiegend bei einem bestimmten Teil der Arbeitnehmer (Angestellte und Beamte) dann auch durch den Regierungswechsel, die verschärften innenpolitischen Auseinandersetzungen und durch organisatorische Reformen der Gewerkschaften unterstützt worden sind, soll gar nicht ausgeschlossen werden.

Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise

Die politischen Widerstände und die sich vergrößernden ökonomischen Schwierigkeiten bei der Realisierung des sozialreformerischen Programms führen zu einer

immer deutlicher werdenden Ausprägung des Mißverhältnisses zwischen reformpolitischen Ansprüchen und Erwartungen und ihrer Verwirklichung. Innerhalb des überkommenen Defizits an sozialer Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen schiebt sich zunehmend eine Komponente in den Vordergrund: Durch ökonomischen Strukturwandel und Rationalisierung werden Arbeitsdruck und Arbeitsintensität immer belastender, so daß die unter dem Stichwort „Humanisierung der Arbeit“ zusammengefaßten Reformen des Arbeitslebens programmatisch an Gewicht gewinnen.

Die erneute Talfahrt der Konjunktur 1974/75 führte zu einem verstärkten Aufbrechen von Problemen, die in den Dimensionen unerwartet waren und sich — anders als 1966/67 - auch keinesfalls rasch beseitigen ließen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der rapide Abbau von Arbeitsplätzen vor allem in der Industrie, der Rückgang der Reallöhne in vielen Bereichen bei gleichzeitiger Verschärfung der Arbeitsbelastung führten zu einer erneuten Verschlechterung der Bedingungen des Arbeitslebens. Mit den versiegenden ökonomischen Ressourcen stürzte zugleich das Konzept sozialliberaler Reformpolitik in die Krise; die Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit mußte aufgeschoben werden. Darüber hinaus verschärfte die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Chancen in der allgemeinen und der beruflichen Bildung und Finanzkrisen im System der sozialen Sicherung die Belastungen für größere Teile der Arbeitnehmer.

In unserer repräsentativen Untersuchung über Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise 74/75⁸ zeigte sich, daß diese Veränderung der ökonomischen und sozialen Situation in der Bundesrepublik eine Verschiebung im gesellschaftlichen Bewußtsein der Lohnabhängigen bewirkte. Auch wenn von direkten Folgen der Wirtschaftskrise - Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Reallohnabbau - nur ein kleinerer Teil der Lohnabhängigen unmittelbar betroffen war, hatte die allgemeine Veränderung der sozialen Lage zu einer Verunsicherung geführt. Dennoch erwartete die Mehrheit der Lohnabhängigen eine erneute Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse und traute auch den staatlichen Eingriffen weithin zu, mit der Verwirklichung von größerer sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit fortzufahren. Zwar zeigte die Wirtschaftskrise, daß schon die Rezession von 1967 kein Ausnahmefall gewesen sein konnte, aber das in der Nachkriegsgeschichte gewachsene Vertrauen in eine kontinuierliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung war nicht nachhaltig erschüttert. Die Verunsicherung einerseits und die unscharfe und nicht einheitliche Wahrnehmung veränderter ökonomischer Entwicklungsbedingungen andererseits führten bei großen Teilen der Lohnabhängigen zu einer Reorientierung auf bürgerliche Wertvorstellungen, die die Situation gar nicht mehr trafen.

⁸ Vgl. Ende der Illusionen? a.a.O., und Trend zum Konservativen? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 7/1976

Das verstärkte Festhalten an Vorstellungen von „persönlicher Leistung“ oder „Kontinuität“ der Lebensverhältnisse bis hin zu ausgesprochen reformfeindlichen Einstellungen bezeichnete eine Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins, die wir als *Durchgangsstadium* zu realistischerer Betrachtung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und zu fortschreitendem Abbau von Illusionen charakterisiert haben. Wir stützten uns bei dieser Interpretation auf den Tatbestand, daß vor allem die Produktionsarbeiter, deren Spielraum zur Verwirklichung individueller Strategien in- und außerhalb der Arbeit vergleichsweise gering ist, am deutlichsten den Konflikt zwischen der Erwartung wirtschaftlicher Kontinuität und der Befürchtung großer sozialer Auseinandersetzungen ausdrückten. Aus dieser widersprüchlichen Situation hervorgehend illusionäre Vorstellungen waren aber gerade bei den Produktionsarbeitern am allerwenigsten vorhanden oder bereits weitestgehend abgebaut. Diejenigen Gruppierungen der Lohnabhängigen, die sich aufgrund ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen rasch von der immer unzeitgemäßen Vorstellung befreien, vor allem durch persönliche Leistung und individuelle Aufstiegsstrategien ihre Lebenslage verbessern zu können, zeigen in dieser Umbruchsituation am deutlichsten, daß bei aller Verunsicherung aus den veränderten sozialen Tatbeständen zwangsläufig größere Aufmerksamkeit für gewerkschaftliche Aktivität und realistischere Wahrnehmung gesellschaftlicher Strukturen hervorgeht.

Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise können also nicht beliebig die eine oder andere Wendung bekommen. Die befragten Angestellten setzten ungleich größere Hoffnung auf persönliche Leistung und harmonische Entwicklung der zukünftigen sozialen Verhältnisse, obwohl sie ebenfalls von der veränderten ökonomischen Situation wußten; wir sahen darin einen Beleg, daß die Bewußtseinsänderungen nicht gleichzeitig und nicht gleichförmig verlaufen.

Ernüchterung

Die Charakterisierung der damals festgestellten Bewußtseinsänderungen von Lohnabhängigen als Durchgangsformen zu realistischeren Einschätzungen der gesellschaftlichen Entwicklung wird durch eine soeben abgeschlossene Untersuchung unter gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen bestätigt⁹. Die anhaltende Stagnation gesellschaftlicher Reformpolitik, die Häufung ökonomischer Probleme und die Verschlechterung der Arbeitssituation haben seit Anfang der 70er Jahre zu Verschiebungen von Bewußtseinsstrukturen geführt. In den letzten Jahren hat sich dieser Prozeß beschleunigt, was sich auch in einem noch rascheren Wachstum der DGB-Mitgliedszahlen ausdrückt. Gleichzeitig wirkt aber die sozialliberale Regierungspolitik nicht mehr unterstützend auf die Durchsetzung größeren gewerkschaftlichen Engagements zurück; die Verschiebungen in den Bewußtseinsstrukturen führen nicht mehr zu einer parallelen, sondern eher auseinandertretenden Entwicklung

⁹ Vgl. Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften, a.a.O.

von gewerkschaftlichem Organisationsgrad und aktiver Unterstützung der Sozialdemokratie bzw. der sozialliberalen Regierungspolitik¹⁰.

Seit 1975 verändern sich nämlich die Bedingungen für Aktion und Politik der Gewerkschaften: Sie sind erneut mit Massenarbeitslosigkeit konfrontiert, die Rationalisierungswelle hat sich noch verschärft und greift inzwischen weit in nichtgewerbliche (Angestellten-)Bereiche hinein. Die Gewerkschaften finden ungleich schwierigere Bedingungen für ihre Lohn- und Sozialpolitik vor, die Tarifaueinandersetzungen werden schon bei wenigen Prozentpunkten härter, weitergehende Forderungen werden massiv abzublocken versucht. Die Gewerkschaften sehen sich einer Offensive der Unternehmer gegen Fortschritte in der Sozialpolitik und z. T. gegen die gewerkschaftliche Kampfkraft überhaupt gegenüber.

In dieser Situation machen sich unter den Lohnabhängigen Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, Unsicherheit über die Zukunft der Familie und Duckmäusertum breit. Die Gewerkschaften haben damit schwer zu kämpfen, andererseits führt diese Situation insgesamt nicht zu einer verstärkten Abkehr der Lohnabhängigen von ihren Gewerkschaften, sondern zu einem - z. T. erheblich beschleunigten - Anstieg des Organisationsgrades, der Streikbereitschaft, der innergewerkschaftlichen Aktivität und Diskussion und des Interesses nach umfassender Information von Seiten der Gewerkschaft. Die Bedingungen für individuelle Strategien oder Vorstellungen zur Vermeidung von Krisenlasten oder zur Verbesserung der eigenen (familiären) Lage haben sich für weite Teile der Lohnabhängigen gegenüber den vorausgegangenen Jahren noch einmal erheblich verengt, so daß mehr denn je die Notwendigkeit offensichtlich wird, auch persönlich für die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Kapital eintreten zu müssen. Die in der Krise 74/75 nur ansatzweise vorhandene Einsicht, daß auf eine kontinuierliche Verbesserung der Lebenslage ohne erhebliche Veränderung der persönlichen und gewerkschaftlichen Dispositionen nicht vertraut werden kann, ist inzwischen unter den Lohnabhängigen sehr viel mehr verbreitet.

Die in unserer Untersuchung festgestellten Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein von Lohnabhängigen lassen sich damit umreißen, daß verstärkt Selbstkritik an dem eigenen und dem gewerkschaftlichen Handeln geübt wird und diese Kritik einhergeht mit dem Bewußtsein, in größerem Maße als früher selbst tätig werden zu müssen. Denn im Bewußtsein der Lohnabhängigen sind die verschlechterten Bedingungen, die sie heute vorfinden, auch das Resultat eigener Versäumnisse. Auch wenn alle Fortschritte in der Vergangenheit wesentlich auf der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation beruhten, so zeigt sich jetzt doch für die Lohnabhängigen, daß weder ihre Bewußtheit noch ihre Aktivität ausgereicht haben, um unter

¹⁰ Die Mitgliederentwicklung der SPD, insbesondere der seit einem kurzen Aufschwung Anfang der 70er Jahre neuerlich fallende Anteil der Arbeiter und Angestellten unter den Mitgliedern unterstützt diese These. Vgl. hierzu das Material in: Sozialdemokratie und Sozialismus, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 6/1978, Harn-

den veränderten Umständen Fortschritte für sich selbst zu erzielen. Was sie daran gehindert hat und hindert, ihre gemeinsame Macht als Gewerkschaft selbst voll einzusetzen, nennen sie selbst: Es ist die Gleichgültigkeit gegenüber den Lebensverhältnissen der Kollegen, solange die eigene Kasse stimmt, der Egoismus der vielen „Einzelkämpfer“, die hinter dem Geld herjagen, die selbstbestärkte Grenzziehung und Spaltung z. B. zwischen Arbeitern und Angestellten, die mangelnde Aktivität und das Desinteresse gegenüber der Gewerkschaftsarbeit.

In den Äußerungen wird zugleich auf die objektiven Gründe für dieses Verhalten verwiesen: die soziale Lage und bestimmte wirtschaftliche Umstände. Da es den Lohnabhängigen tagtäglich darum gehen muß, ihren Lebensstandard zu verbessern, können sie es sich gar nicht erlauben, für sie individuell günstige Umstände nicht zu nutzen, um durch individuelle Anstrengung den für sie vorhandenen Spielraum auszuschöpfen. Aber wenn diese Bedingungen sich verändern, wenn der Spielraum eingeschränkt wird, wenn die Erwartungen von Einkommenssteigerungen und Verbesserungen des Lebens außerhalb der Arbeit nicht mehr recht befriedigt werden, dann treten Fehler, die man in der Vergangenheit gemacht hat, deutlicher hervor, und man kann selbstkritisch sagen, daß andere Wege gesucht werden müssen.

Der nächste Schritt heißt: selber was dagegen tun, d. h. die Selbsttätigkeit in gemeinsamen Aktionen verstärken. Dazu ist es aber notwendig, mehr als bisher die eigene gewerkschaftliche Organisation zu unterstützen. Die Selbstkritik bezüglich des bisherigen und aktuellen Verhaltens schließt Zweifel mit ein, ob sich tatsächlich etwas ändert; das Bewußtsein, daß Selbsttätigkeit mehr denn je notwendig ist, enthält auch die Unsicherheit, wie und in welcher Richtung man denn aktiv werden soll. Trotz dieser Unsicherheit ist aber unzweifelhaft, daß in den letzten Jahren die soziale Basis der Gewerkschaften aktiviert worden ist, und daß die Selbstaktivität von Arbeitnehmern sich anhaltend fortentwickelt.

Wir halten aufgrund unserer Diskussionen und Ergebnisse diese Entwicklung weder für umkehrbar noch für sozial- und gesellschaftspolitisch prinzipiell unbestimmt¹¹. Denn zwei für das gesellschaftliche Bewußtsein von Lohnabhängigen derzeit bestimmende Momente werden in der Zukunft wohl noch erheblich an Gewicht gewinnen:

- Erstens die Tatsache, daß für die Arbeitnehmer die Momente ihrer gesellschaftlichen Abhängigkeit in allen Lebensbereichen gegenüber den selbstbestimmten individuellen Spielräumen immer stärker dominieren. Hier schlagen sich Erfahrungen von Arbeitsplatzbedrohung in bestimmten Berufen, Wirtschaftszweigen oder ganzen Regionen nieder sowie die sich erheblich verschlechternden Aufstiegsmöglich-

¹¹ Unsere theoretischen Überlegungen und empirischen Befunde sprechen daher gegen die These von M. Schumann, unter Arbeitern herrsche gegenwärtig ein kollektiver „Mangel an Interpretationsfähigkeit der veränderten Situation“, durch den zunehmend Interpretationsangebote von außen, d.h. Deutungsmuster an Relevanz gewinnen könnten. Vgl. M. Schumann, Entwicklungen der Arbeiterbewußtseins, in: GMH 3/79, S. 155.

keiten, angefangen bei der schulischen Bildung bis zu Möglichkeiten betrieblicher Höherqualifizierung. Hier machen sich geltend die Belastungen für das Leben außerhalb der Arbeit und des Berufs, die sich quasi als Kettenreaktion aus der Verschärfung des Leistungsdrucks und der Rationalisierung ergeben. Hier spielen schließlich einerseits der Verschleiß und Raubbau, der in jüngeren Jahren die Möglichkeit stiehlt, das Alter sinnvoll zu erleben, eine wachsende Rolle, und andererseits beunruhigt gerade die wachsende Unsicherheit der Systeme der sozialen Sicherung.

- Zweitens verweisen diese Entwicklungen die Lohnabhängigen auf Mängel, die in der Art und Weise liegen, wie unsere Gesellschaft Arbeit organisiert. Die vorhandenen sozialen Ungerechtigkeiten verweisen nicht mehr nur auf ungleiche soziale Chancen und ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern auf das System der gesellschaftlichen Arbeit selbst. Die enorme Verschärfung der Konflikte im Distributionssystem der Gesellschaft macht es erforderlich, die Verhältnisse nicht mehr nur als Verhältnisse in der Beteiligung an dem Konsum des Reichtums zu betrachten, sondern ebenso als bestimmte Verhältnisse in der Produktion des Reichtums. Mit einer Politik der bloß sektoralen Verwaltung oder Regulierung berufsständischer Interessen (also Lösungen nur für den Energiebereich, die Werften oder den Stahl) ist den Arbeitsmarkt- und Wachstumsproblemen nicht beizukommen; jede konsequente Vollbeschäftigungspolitik, jede Beseitigung von regionalen Strukturproblemen ist heute nur denkbar durch Maßnahmen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Die weitere Sicherung des Lebensstandards ist geknüpft an breite Diskussionen und demokratische Entscheidungen über Strukturveränderungen der nationalen Produktion.

Diese von uns angedeuteten zentralen Bestimmungsgründe und Dimensionen der aktuellen Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins von Arbeitnehmern sind maßgeblich auch zur Erklärung aktueller Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften. Weil soziale Reformen zur Zeit politisch so wenig durchsetzbar sind wie Erweiterungen der gesetzlichen Mitbestimmung, weil sich aber umgekehrt die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen nicht verbessern und selbst normale Lohnrunden schwierig sind, werden im DGB die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit wachsender Intensität diskutiert. Die aktuellen Hauptforderungen des DGB, nämlich Beschleunigung des Wirtschaftswachstums unter Berücksichtigung der qualitativen Dimension, soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung und Verkürzung der Arbeitszeiten, sind durch Einkommensumverteilung im Rahmen der Tarifpolitik nicht mehr durchzusetzen.

Schon seit mehr als 10 Jahren ist der Ausbau des Lebensstandards nicht mehr nur an die Lohn- und Einkommenspolitik, sondern auch an die Durchsetzung gesellschaftlicher Lösungen in den Bereichen sozialer Infrastruktur und sozialer Dienstleistungen geknüpft. Unter dem Druck von Massenarbeitslosigkeit, von der bestimmte

Problemgruppen besonders betroffen sind, stellt sich noch deutlicher heraus, daß Lohn- und Einkommensverbesserungen der Beschäftigten allein nicht ausreichen, um zu dem Zustand der Vollbeschäftigung zurückzukommen. In der gewerkschaftlichen Diskussion hat sich daher in der letzten Zeit die Tendenz verstärkt, unter Rückbesinnung auf die eigene Kraft in umfassender Weise zur Lösung der neuen ökonomischen und sozialen Probleme beizutragen. Diese Entwicklung hat in Ansätzen zur Herausbildung eines neuen Rollenverständnisses zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien geführt. Wir vertreten die These, daß sich in der Bundesrepublik ein Prozeß ausbildet, der auch in anderen westeuropäischen Ländern nachweisbar ist: das Infragestellen einer überlieferten Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien.

Die Diskussion über die veränderte Rolle der Gewerkschaften bei der Durchsetzung gesellschaftspolitischer Reformen verläuft nicht abgehoben von dem Bewußtsein und den Interessen der organisierten Mitglieder, im Gegenteil: die Aktivierung der gewerkschaftlichen Basis, die verstärkte Selbstaktivität und die selbstkritischen Einstellungen drängen in Richtung einer Veränderung der gewerkschaftlichen Willensbildung und der sozial- und gesellschaftspolitischen Anstrengungen. Diese Umorientierung verläuft unter den Lohnabhängigen zwangsläufig ungleichzeitig und bringt deshalb Auseinandersetzungen um gewerkschaftliche Zielvorstellungen und die Formen ihrer Realisierung mit sich. Gerade weil in diesem Umorientierungsprozeß auch syndikalistische und korporative Tendenzen aufbrechen und den Pluralismus in den Gewerkschaften bedrohen, steht die Erhaltung der gewerkschaftlichen Solidarität in der Einheitsgewerkschaft als zentrales Problem an.

Aus der Betonung der ökonomischen Bedingungen der Bewußtseinsentwicklung und aus der Bedeutung der Bewußtseinsentwicklung für den Organisationsgrad und damit für die Stärke der Gewerkschaften nun den Schluß zu ziehen, auf organisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Schlagkraft könne verzichtet werden, wäre selbstverständlich Unsinn. Umgekehrt zeugt es von klarem Unverständnis der gesellschaftlichen Funktion der Gewerkschaften, wenn diese bloß unter dem organisations- und systemtheoretisch möglicherweise interessanten Blickwinkel der Selbsterhaltung angesehen und nicht als die *bewußte* Form der Organisation der Lohnabhängigen zur Abwehr der Übergriffe des Kapitals verstanden werden.